

DE

DE

DE



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 16. April 2010
SEK(2010) 428 final

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen

Zusammenfassung der Konsultation zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Nichtamtliche Übersetzung

INHALT

Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, Zusammenfassung der Konsultation zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik.....	1
1. Einführung.....	3
2. Die fünf strukturellen Schwächen der Politik beseitigen.....	4
2.1. Behebung des tief verwurzelten Problems der Flottenüberkapazität.....	4
2.2. Präzisierung der politischen Ziele.....	5
2.3. Konzentration der Beschlussfassung auf wesentliche langfristige Grundsätze.....	6
2.4. Anreize für die Fischereiwirtschaft, bei der Durchführung der GFP mehr Verantwortung zu übernehmen.....	7
2.5. Entwicklung einer Kultur der Rechtstreue.....	8
3. Weitere Verbesserung des Managements der EU-Fischereien.....	8
3.1. Eine andere Fischereiregelung zum Schutz der handwerklichen Küstenfischerei?.....	8
3.2. Optimale Nutzung unserer Fischereien.....	9
3.3. Relative Stabilität und Zugang zu Küstenfischereien.....	11
3.4. Handel und Märkte - vom Schiff zum Verbraucher.....	11
3.5. Einbindung der Gemeinsamen Fischereipolitik in die allgemeinere Meerespolitik..	12
3.6. Die Wissensgrundlage für die Politik.....	13
3.7. Strukturpolitik und Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.....	14
3.8. Die externe Dimension.....	15
3.9. Aquakultur.....	16
4. Weitere angesprochene Themen.....	16
5. Bürgerbeiträge.....	17
6. Die nächsten Schritte.....	17

1. EINFÜHRUNG

Die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP)¹⁾ wurde 2002 überarbeitet. Die neue Grundverordnung²⁾ trat am 1. Januar 2003 in Kraft; sie enthält die Bestimmung, dass die Europäische Kommission (EK) dem Rat und dem Europäischen Parlament vor Ende 2012 Bericht über die Kapitel zur Erhaltung und zur Fischereikapazität erstatten wird. Die EK hat diese Prüfung mit der Veröffentlichung eines Grünbuchs eingeleitet³⁾ und anschließend eine Konsultationsperiode eröffnet. Die Frist für schriftliche Antworten endete am 31. Dezember 2009.⁴⁾

Insgesamt gingen während dieser Konsultationsperiode 382 Beiträge (sowie eine Massen-E-Mail mit 1329 identischen Antworten) ein. Die Beiträge sind auf der Website⁵⁾ verfügbar; eine Liste der Beiträge findet sich in Anhang 1.

Sowohl während der Ausarbeitung des Grünbuchs als auch während der Konsultationsperiode wurden Treffen mit Interessengruppen, Verwaltungen aller Küstenmitgliedstaaten sowie anderen Organisationen und Einrichtungen abgehalten. Anhang 2 enthält eine Liste der Treffen, an denen die EK teilgenommen hat.

Dieses Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen (CSWD) gibt einen Überblick über die Beiträge zu dieser Konsultation, zieht jedoch keinerlei Schlussfolgerungen in Bezug auf die Optionen, die im Rahmen einer Folgenbewertung gründlicher zu prüfen sind. Die Zusammenfassung berücksichtigt die Entschließung zum Grünbuch, die am 25. Februar 2010 vom Europäischen Parlament (EP) verabschiedet wurde. Die Zusammenfassung ist nach dem Vorbild des Inhalts des Grünbuchs aufgebaut.

Tabelle 1 – Aufschlüsselung der Beiträge

Typ	Anzahl	Beispiele
Öffentlichkeit	114 + 1329 identische E-Mails	Breites Spektrum von Bürgern
Industrie/Interessengruppen Stakeholder-Organisationen	117	Hauptsächlich Fischereivereinigungen, Fischervereinigungen, Einzelhändler, Fremdenverkehrsstellen, Fischereivereinigungen, Verarbeitungsunternehmen
Organisationen der Zivilgesellschaft	63	Hauptsächlich Umwelt-NRO; auch Tierschutz-NRO, Verbraucher-NRO, Entwicklungs-NRO

¹⁾ Anhang 3 enthält eine Liste von Kurzbezeichnungen.

²⁾ VERORDNUNG (EG) Nr. 2371/2002 DES RATES vom 20. Dezember 2002 über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik

³⁾ Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (KOM(2009)163 endgültig, 22. April 2009

⁴⁾ Das vorliegende Arbeitspapier gibt die von außerhalb der Kommission erhaltenen Beiträge zum Grünbuch wieder.

⁵⁾ http://ec.europa.eu/fisheries/reform/consultation/received/index_en.htm

Hochschulwesen	16	Universitätsinstitute, nationale Forschungsinstitute, Forscher-Netzwerke, Forschungsorganisationen
Verwaltungen/Behörden der Mitgliedstaaten	30	Ministerien, Regierungsstellen und Parlamente
Regionale oder lokale Regierung	35	Hauptsächlich Küstenregionen und -gemeinden, die von der Fischerei abhängen, mit Fischereimanagement befasste Behörden im Vereinigten Königreich
Andere Einrichtungen und EG-Beratungsorgane	8	Europäisches Parlament, Ausschuss der Regionen, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, BAFA, regionale Beiräte (RAC), einzelne Mitglieder des EP, zwischenstaatliche Gremien
Drittländer	11	Der Nordische Rat, Norwegen (Regierung und verschiedene Organisationen), Island, Neuseeland, AKP-Gruppe
	394 (+ 1329)	

2. DIE FÜNF STRUKTURELLEN SCHWÄCHEN DER POLITIK BESEITIGEN

2.1. Behebung des tief verwurzelten Problems der Flottenüberkapazität

Die Beiträge bestätigen weitgehend, dass die Fischereikapazität der EU zu groß ist für die verfügbaren Ressourcen. Doch viele Beitragende lehnen Verallgemeinerungen auch ab und meinen, die große Vielfalt der Situationen erfordere eine auf Flotten oder Fischerei basierende detaillierte Beurteilung. Viele, darunter einige Mitgliedstaaten (MS) und das EP, verlangen eine solche Bewertung, technisch und ökologisch, wobei die Fischereiindustrie auch die wirtschaftliche und soziale Dimension hervorhebt. Das EP weist auf Teile von (vor allem handwerklichen) Flotten hin, die erneuert oder ersetzt werden müssen (aus Sicherheitsgründen oder zur Verringerung der Umweltfolgen), ohne die Kapazität zu erhöhen.

Eine begrenzte Anzahl von MS und Interessengruppen tritt dafür ein, den derzeitigen Ansatz zum Kapazitätsmanagement fortzusetzen. Einige Nichtregierungsorganisationen (NRO) schlagen eine obligatorische, auf Flotten basierende Reduzierung der Kapazität vor. Manche verknüpfen Kapazitätsreduzierungen mit Fischereimanagementplänen. Regionale Behörden der Regionen in äußerster Randlage (mit Unterstützung ihres MS) verlangen, dass das getrennte Kapazitätsmanagement für ihre Flotten fortgesetzt wird.

Ein von der öffentlichen Hand finanziertes einmaliges Verschrottungsprogramm als Ersatz für die derzeitige Außerbetriebsetzung findet keine starke Unterstützung, auch wenn die Mehrheit der Beitragenden, wie etwa das EP, dies unter bestimmten Bedingungen für nützlich hält. Einige MS stellen die Wirksamkeit einer ständigen subventionierten Verschrottung in Frage.

Eine Mehrheit der MS und Interessengruppen betrachtet ein auf Nutzungsrechten basierendes Management als nützliches Konzept zur Inangriffnahme der Überkapazität; übertragbaren Fangquoten (ITR) stehen sie kritischer gegenüber, und

eine kleine Zahl von MS lehnt dies entschieden ab. Die meisten MS sind der Meinung, dass die MS über auf Nutzungsrechten basierendes Management entscheiden sollten.

Viele Beitragende weisen auf die Gefahr einer Konzentration von Fangrechten im Rahmen von ITR hin und betonen, dass dies vermieden werden sollte. In einer Reihe von Beiträgen gegen ITR auf EU-Ebene wird die Beachtung der Relativen Stabilität (RS) erwähnt. Eine überwiegende Mehrheit der Beiträge hält ITR für handwerkliche Fischerei für ungeeignet.

2.2. Präzisierung der politischen Ziele

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, dass ökologische Nachhaltigkeit die Basis für einen lebensfähigen Fischereisektor schafft, in dem ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele langfristig kaum miteinander in Widerstreit stehen. Manche sind der Meinung, dass die Diskussion über Prioritätensetzung zeitlich begrenzt und nur für Entscheidungen beim Übergang zu einer nachhaltigen Fischerei von Bedeutung ist.

Das EP und andere sind dagegen, Zielen *von vornherein* Vorrang einzuräumen. Der Großteil der Fangindustrie (und einige Regionalbehörden) legt größten Wert auf ein Gleichgewicht zwischen den drei Pfeilern – mit der Schaffung von Arbeitsplätzen als eigenständiges Ziel; Gewerkschaften unterstreichen darüber hinaus soziale Aspekte. Die Meinungen der MS reichen von ökologischer Nachhaltigkeit als Hauptziel bis zur gleichen Gewichtung der drei Pfeiler der Nachhaltigkeit. Einige MS konzentrieren sich auf Fischerei für die Lebensmittelversorgung und -sicherheit (als neues Ziel), andere auf Fischerei als Beschäftigungsquelle in Küstengemeinden. Umwelt-NRO betrachten ökologische Nachhaltigkeit als die Kernfrage der Politik und stellen die GFP in Zusammenhang mit der breiteren Meerespolitik und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRR, Richtlinie 2008/56/EG)). Händler, Einzelhändler und einige Verarbeitungssektoren geben ökologischer Nachhaltigkeit Vorrang.

Es herrscht breite Übereinstimmung darüber, dass der *höchstmögliche Dauerertrag* (MSY) eines der Ziele sein muss (gemäß der EK-Mitteilung KOM(2006)360 über die Erklärung des Weltgipfels zur nachhaltigen Entwicklung). Das EP und die Fangindustrie im Allgemeinen erwarten einen flexiblen Zeitrahmen für die Umsetzung, vor allem in gemischten Fischereien, da sie MSY eher als Orientierung und nicht als spezifisches Ziel betrachten und der Ansicht sind, dass soziale und wirtschaftliche Aspekte ebenfalls in den Begriff „nachhaltig“ einbezogen werden sollten. Umwelt-NRO wiederum befürchten, dass MSY nicht in allen Fällen im Sinne der Vorsorge wirken könnte, und machen geltend, dass die breiteren Auswirkungen der Fischerei auf das Ökosystem Teil des Begriffs „nachhaltig“ in MSY seien.

Viele Beitragende betrachten die Minimierung oder Beendigung von Rückwürfen als wichtiges Ziel für ökologische Nachhaltigkeit, obwohl in einigen Beiträgen behauptet wird, Rückwürfe seien untrennbar mit gemischten Fischereien verbunden.

2.3. Konzentration der Beschlussfassung auf wesentliche langfristige Grundsätze

In den Beiträgen kommt allgemeine Unterstützung für eine Beschlussfassung zum Ausdruck, bei der Politiker (Rat und EP) die übergeordneten Grundsätze und politischen Ziele (die in verschiedenen Beiträgen unterschiedlich bezeichnet werden) verabschieden. Beschlussfassung sollte in einem Ökosystem-Ansatz eine langfristige Perspektive haben, mit Mechanismen zur Beobachtung und Überprüfung der politischen Entwicklung und politischer Entscheidungen entweder durch die EK und/oder auf regionaler Ebene. In sehr vielen Beiträgen wird empfohlen, von kurzfristigen Schwerpunkten, Top-down- und Mikromanagement Abstand zu nehmen und den Rat nicht mehr mit detaillierten Verhandlungen zu befassen. Manche fordern den Rat auf, wissenschaftliche Ratschläge bei der Verabschiedung von zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) als verbindlich zu respektieren.

Viele Beitragende, insbesondere NRO und eine begrenzte Anzahl von MS, befürworten Vertretungs-/Durchführungsbefugnisse für die EK in bestimmten Bereichen (wie etwa technische Maßnahmen). Des Weiteren sind viele der Meinung, dass regional entwickelte langfristige Managementpläne von der EK verabschiedet werden sollten. Um einen „Freifahrtsschein“ für die EK zu vermeiden, schlägt eine erhebliche Anzahl von Beitragenden ein Verfahren mit einem Regelungsausschuss oder die Mitwirkung der regionalen Beiräte (RAC) oder der Industrie vor. Eine kleinere Gruppe (vor allem einige Regionalbehörden) ist gegen diese Vertretung. Ein MS bringt vor, dass viele „technische“ Entscheidungen klare politische oder soziale Auswirkungen haben können.

Die Idee, zu einer Form verstärkter Regionalisierung überzugehen, wird allgemein unterstützt. Dabei werden verschiedene Begriffe verwendet. Z. B. beziehen sich einige auf Regionalisierung auf der Ebene der Meeresbecken, andere auf Regionen innerhalb der MS. Manche bestehen auf Subsidiarität, in deren Rahmen MS Regionalausschüsse für das Management bilden, und auf einem hohen Grad der Selbstregulierung. Andere empfehlen einfache Zusammenarbeit zwischen MS in Fragen der Umsetzung und Kontrolle, und einige sehen Raum für übertragbare Entscheidungsbefugnisse, z. B. in Bezug auf Zugang, Ressourcen oder Flottenmanagement.

Eine beträchtliche Anzahl hält eine getrennte Regionalstelle, mit verschiedenen Graden von Befugnissen und Verantwortungen, für notwendig. Die meisten, darunter das EP, stellen sich ein hauptsächlich beratendes Organ vor, um Vorschläge für die Verabschiedung politischer Maßnahmen und Rechtsvorschriften durch die EU-Institutionen zu diskutieren und vorzubereiten. Unter Einbeziehung der Interessengruppen und anderer Teilnehmer würde die Regionalstelle dann für Dialog und Diskussionen benutzt. Die Ostseeregion wird manchmal als mögliches Modell einer MS-Organisation erwähnt, die Vorschriften (z. B. Rückwürfe, nationales Quotenmanagement) entwickelt und über ihre Anwendung entscheidet. Andere stellen sich für die langfristigen Pläne eine Regionalstelle als Durchführungsinstanz vor, mit etwas Raum für operative Regulierungsbefugnisse und Durchführungsbeschlüsse. Manche befürworten die Übertragung von Befugnissen (z. B. technische Einzelheiten und Regulierung des Fischereiaufwands). Einige Beitragende schlagen eine Kombination verschiedener Funktionen vor.

Dabei stellen sich die meisten die regionale Instanz als eine vom jeweiligen MS geleitete Stelle vor; in einigen Fällen wird die Mitgliedschaft von Industrie und Interessengruppen befürwortet, während in anderen Beiträgen die Meinung vertreten wird, dass die Interessengruppen eine Beratungsfunktion durch die RAC behalten sollten. In einigen Beiträgen wird die EK als Mitglied, in anderen als aktiver Beobachter/Mitarbeiter gesehen. Manche schlagen vor, die RAC in regionale Beratungsstellen, sowohl mit MS als auch Interessengruppen, umzuwandeln.

Bezüglich der RAC gibt es einige klare Botschaften: Ihr Erfolg sollte vergrößert werden, indem man sie verstärkt und (den RAC selbst zufolge) ihrem Rat mehr Gewicht beimisst, vor allem in Fällen einstimmiger Empfehlungen. Das EP fordert ausdrücklich eine angemessene Finanzierung. Manche empfehlen, die Zusammensetzung zu verändern, um ein besseres Gleichgewicht zwischen der Industrie und den anderen Interessengruppen sowie nicht vertretenen Interessengruppen zu schaffen.

2.4. Anreize für die Fischereiwirtschaft, bei der Durchführung der GFP mehr Verantwortung zu übernehmen

Mehrere MS sind der Meinung, dass Erzeugerorganisationen (EO) und anderen Fischerorganisationen mehr Durchführungsverantwortung für Erhaltung und Überwachung übertragen werden sollte, da diese Organisationen über die besten technischen Lösungen verfügen. Eigenverantwortliches Management sollte indes erst nach einer Risiko-/Nutzen-Bewertung und unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten (z. B. Rechtsrahmen) entwickelt werden. Die Industrie spricht sich vorsichtig für eigenverantwortliches Management aus; denn damit sollte die Verantwortung für gescheitertes Fischereimanagement nicht auf die Fischer übergehen. Sie sind bereit zu eigenverantwortlichem Management überzugehen, wenn es den Fischern erlaubt zu entscheiden, welche technischen Lösungen zur Erreichung vereinbarter Ziele am besten geeignet sind, und so von Mikromanagement und schwierigen Regeln Abstand genommen wird. Bestimmte Voraussetzungen und Kriterien müssen erfüllt werden, gemäß den auf EU-Ebene festgelegten Standards und Grundsätzen. Die meisten Umwelt-NRO sträuben sich gegen die Idee des eigenverantwortlichen Managements; jede Übertragung von mehr Verantwortung würde strenge Kontrolle und Vollstreckung erforderlich machen. Sie bevorzugen Konzepte der partizipativen Entscheidungsfindung oder Kommanagement.

Umwelt-NRO, aber auch einige MS, die Industrie und das EP unterstützen im Allgemeinen ein auf Ergebnissen basierendes Management im Rahmen klarer Zielsetzungen und messbarer Ziele. Die EU sollte auch Mechanismen zur Gewährleistung der Verantwortung und Rechtstreue der Industrie durch Dokumentierung entwickeln. Im Gegenzug sollten, zusammen mit dem Aufbau von Kapazitäten, Anreize geschaffen werden, um positive Initiativen zu belohnen. Eine erhöhte Verantwortung der Industrie ist nur mit einer ausreichenden horizontalen und vertikalen Integration des Fischereisektors möglich. Alle Interessengruppen sind der Ansicht, dass die EU die Organisation der Fischer (die meisten bestätigen die Schlüsselrolle von EO) fördern sollte, vor allem dort, wo die Industrie aufgesplittert ist. Einige Beitragende bestehen hier auf einem differenzierten Ansatz, da nicht alle Fischereien in der Lage sein werden, in diesem Prozess mit gleicher Geschwindigkeit voranzukommen.

Nach Auffassung der meisten Interessengruppen, aber auch des EP und einiger MS, sollte die erhöhte Verantwortung der Industrie mit einer verstärkten Einbindung in die Beschlussfassung einhergehen. Interessanterweise verweisen Fischer, MS und Umwelt-NRO bezüglich erhöhter Verantwortung und nachhaltigem Management auf die gleichen bewährten Verfahren. Alle unterstreichen, dass es wichtig ist, über RAC und andere regionale Managementstellen bewährte Verfahren (und Misserfolge) auszutauschen.

Manche MS und Umwelt-NRO sind der Meinung, dass (ein Teil der) Kosten für Fischereimanagement vom Nutzer der Ressourcen getragen werden sollten, sind sich aber nicht einig, welches der beste Weg wäre (Zugangsgebühren vs. Abgaben auf Anlandemengen/Einnahmen). Viele Industriebeiträge bringen vor, dass die Industrie schon jetzt erhebliche Zahlungen für Fischereimanagement leistet.

2.5. Entwicklung einer Kultur der Rechtstreue

Als Hauptgründe für den Mangel an Rechtstreue und fairen Wettbewerbsbedingungen werden weitgehend Flottenüberkapazität, komplexe Vorschriften, Probleme mit der Erhebung von Daten sowie unangemessene und unterschiedliche Strafen genannt.

Die meisten MS und NRO befürworten die neue Verordnung über eine Kontrollregelung (1224/2009), aber die Industrie äußert auch Sorgen bezüglich einer besseren Durchführung der Vorschriften. Viele MS- und Industriebeiträge treten für einfache GFP-Regeln und mehrjährige Konzepte ein, um die Rechtstreue zu verbessern, während NRO auch auf die Notwendigkeit hinweisen, Kontrolltechniken (Schiffsüberwachungssysteme, Closed-Caption-Fernsehkameras) auszubauen. Was mehr Befugnisse für die EK und eine verstärkte Rolle für die Europäische Fischereiaufsichtsagentur anbelangt, sind die Meinungen geteilt, auch wenn diese Agentur im Allgemeinen positiv beurteilt wird, z. B. vom EP. Mehrere Industriebeiträge betrachten mehr eigenverantwortliches Management als hilfreich.

NRO und einige MS sind für eine stärkere Verknüpfung von finanzieller Unterstützung und Einhaltung der GFP-Regeln und Kontrollpflichten, während die Industrie im Allgemeinen dagegen ist, vor allem auf der Ebene einzelner Unternehmer. Nach Meinung von NRO gibt es Raum für Anreize zu einer besseren Einhaltung der Regeln.

3. WEITERE VERBESSERUNG DES MANAGEMENTS DER EU-FISCHEREIEN

3.1. Eine andere Fischereiregelung zum Schutz der handwerklichen Küstenfischerei?

Über die Bedeutung der handwerklichen Küstenflotten für die europäische Fischerei ist man sich allgemein einig. Einige MS unterstützen die Idee einer anderen Regelung, während sich eine gewisse Anzahl gegen einen spezifischen Ansatz ausspricht. Eine ganze Reihe von ihnen hält es für notwendig, den MS die Entscheidung über die Durchführung spezifischer Maßnahmen zu überlassen – was häufig mit der 12-Seemeilen-Regelung in Zusammenhang gebracht wird. Das EP

unterstützt Differenzierung und fordert spezifische Programme für die handwerklichen Küstenflotten.

Die meisten Interessengruppen (Industrie und NRO, regionale und kommunale Behörden) befürworten handwerkliche Küstenfischerei, unter anderem aufgrund ihrer Verbindung zu lokalen Gemeinden, des Einsatzes passiver und selektiver Fanggeräte und des geringeren Kraftstoffverbrauchs. In einigen Beiträgen wird auf potenzielle Probleme hingewiesen, die entstehen können, wenn verschiedene Flotten auf einem Fischgrund die gleichen Bestände ins Visier nehmen. Viele Beiträge unterstreichen jedoch, dass handwerkliche Küstenfischereien (teils erhebliche) Auswirkungen auf die Ressourcen haben und daher nicht von Erhaltungs- und Kontrollmaßnahmen ausgeschlossen werden sollten.

Zahlreiche Beiträge (einschließlich die des EP) weisen auf die Vielfalt an Situationen in der EU hin und verlangen einen flexiblen Ansatz – mit der Anpassung der Definition an die Besonderheiten von Regionen und/oder Fischereien. Die meisten Befürworter treten für einen Mix von Auswahlkriterien ein, einschließlich Länge des Schiffs, Aktionsradius der Fischerei, Dauer der Fahrt, Fangmengen, Art des Fanggeräts. In mehreren Beiträgen von NRO und der Fischereiindustrie kommt der Wunsch zum Ausdruck, soziale Kriterien und die Verbindung zur lokalen/regionalen Gemeinschaft zu berücksichtigen. Einige empfehlen ein auf der Fischerei basierendes Ringfencing, und ein paar schlagen vor, Sportfischerei in die Regelung einzubeziehen.

Die Beschlussfassung wird häufig mit dem regionalisierten Ansatz verbunden, bei dem die übergeordneten Kriterien auf EU-Ebene festgelegt werden und das Management entweder Sache der nationalen Ebene (MS unterstützen diese Option) oder der regionalen/kommunalen Ebene ist. Ein Teil der Industrie fordert ein Management auf der Ebene der Fischerei oder der Fischer (Ko- oder eigenverantwortliches Management).

Man ist sich allgemein darüber einig, dass die Einführung eines auf Nutzungsrechten basierenden Managements und von ITR das Weiterbestehen der handwerklichen Küstenflotte nicht gefährden sollte. Somit werden keine ITR oder Schutzmaßnahmen für notwendig erachtet (um eine übermäßige Konzentration oder den Aufkauf von Fangrechten zu vermeiden). Spezifische finanzielle Unterstützung für Maßnahmen wie Verbesserung der Sicherheit (durch Modernisierungshilfe), Schulung in Fischereimanagement oder Zertifizierung von Fischereien wird häufig empfohlen, manche treten auch dafür ein, dass der Bau neuer Schiffe für diese Flotten von der öffentlichen Hand unterstützt wird. Andere glauben, die Regelung sollte auch die Reservierung von Quoten oder exklusiven Gebietszugang umfassen.

3.2. Optimale Nutzung unserer Fischereien

Die meisten Beiträge beinhalten das Ziel, bis 2015 nach und nach Nutzungsquoten zu erreichen, die dem MSY entsprechen. Einige Unterschiede können hervorgehoben werden hinsichtlich der Überlegung, ob FMSY als Endziel oder als Zwischenziel zu betrachten ist, was gute Möglichkeiten eröffnet, sich wirtschaftlichen Erwägungen zu widmen (einige Beitragende schlagen vor, es durch FMEY) zu ersetzen, oder durch die Entwicklung neuer Ziele in Übereinstimmung mit der Besonderheit gemischter

Fischereien oder einem ökosystemischen Ansatz, der sich mit den Zielen der MSRR vereinbaren lässt. Solche neuen Ziele sollten mit klaren Zeitplänen und Fristen verbunden werden. Allerdings wird in einigen Kommentaren erklärt, dass die MSY-Strategie für Bestände und Fischereien ohne Belang sein wird, wenn Daten nicht verfügbar oder unzuverlässig sind.

Was Managementinstrumente zur Beschränkung der Quoten für fischereiliche Sterblichkeit (Anteil der einem Bestand durch Fischfang entnommenen Mengen) betrifft, halten die meisten Beiträge Fang- und Aufwandsbeschränkungen für wichtig, was insbesondere von den Arten der Fischerei abhängt, auf die sie angewendet werden sollen. Mehrere Beitragende weisen darauf hin, dass es nützlich ist, einzelne pelagische Fischereien durch Fangbeschränkungen zu managen und dafür zu sorgen, dass in multispezifischen und „Multi-métiers“-Fischereien Aufwandsbeschränkungen gelten. Im Übrigen fordern nur sehr wenige Beitragende, Fischereiaufwandsregelungen TAC-Managementsystemen unterzuordnen. Noch weniger drängen darauf, dass weder Aufwandsinstrumente noch auf Fangbeschränkungen basierende Instrumente angewendet werden. Viele äußern sich zu den mit beiden Instrumenten verbundenen Schwächen. Sie meinen, das Management von Fangbeschränkungen, das gegenwärtig auf Anlandemengen und Aufwandsbeschränkungen beruht, sei für passive Fanggeräte ziemlich schlecht geeignet. Einige wenige Beitragende bestehen auch auf dem Management zusätzlicher Flottenkapazität (oder Fangkapazitäten) und des Fischereiaufwands. Andere befürworten die Abschaffung von Papierfisch oder Papieraufwand (Fangmöglichkeiten, die strukturell nicht genutzt werden). Einige unterstützen auch die Möglichkeit, zeitliche und räumliche Komponenten des Fischereiaufwands oder der Fangmengen durch geografische Absperrungen, Meeresschutzgebiete und integriertes Küstenzonenmanagement zu handhaben.

Die überwiegende Mehrheit der Beitragenden ist für die Durchführung mehrjähriger Pläne, die einen Fischereiansatz unterstützen; einige Beitragende fordern sogar ökosystemische Mehrjahrespläne. In manchen Fällen wird erklärt, dass Harvest Control Rules in diesen Mehrjahresplänen strikt Ergebnisse widerspiegeln sollten, die durch den wissenschaftlichen Beratungsprozess für größere Bestände, Gruppen von Beständen oder Fischereien verfügbar werden. Im Übrigen unterstreichen einige wenige Kommentare, dass der politische Druck bei der Berechnung von Fangmöglichkeiten mithin abnehmen würde. Des Weiteren weisen manche Kommentare darauf hin, dass mehrjährige Pläne auch andere Fragen angehen sollten, wie etwa Rückwürfe, Struktur und Zusammensetzung der Fänge, aber auch wirtschaftliche und soziale Erwägungen. Einige Beitragende meinen, dass die Kapazitätenmanagement-Politik der Entwicklung dieser Mehrjahrespläne entsprechen sollte. Hinsichtlich ihrer Verabschiedung und Durchführung wird empfohlen, den Prozess flexibler zu gestalten und RAC mehr Verantwortung zu übertragen.

Was technische Maßnahmen und ITR anbelangt, sind die Tendenzen in den Beiträgen weniger deutlich; in mehreren Kommentaren wird betont, dass eine einzige Lösung nicht in Betracht kommt, ein paar andere weisen darauf hin, dass man eher auf Verbesserungen technischer Erhaltungsmaßnahmen vertrauen sollte als auf die Entwicklung von ITR. Einige Kommentare weisen indes auf die Notwendigkeit hin,

Probleme in Verbindung mit Rückwürfen (ein Rückwurfverbot scheint immer noch umstritten) und Beifängen anzugehen.

In einigen Beiträgen werden noch weitere Ideen, mehr oder weniger direkt mit Erhaltungsfragen verbunden, dargelegt, wie etwa die Notwendigkeit, den Zugang in der 12-Seemeilen-Zone auf handwerkliche Flotten zu beschränken, oder eine mögliche Aktualisierung der relativen Stabilität.

3.3. Relative Stabilität (RS) und Zugang zu Küstenfischereien

Die große Mehrheit der Beiträge (darunter die meisten MS) unterstützt die Beibehaltung des Grundsatzes der RS, die sie als einen Eckpfeiler der GFP betrachtet, der für Sicherheit und Stabilität sorgt. Eine begrenzte Anzahl von Beiträgen ist bereit, den Grundsatz zugunsten von stärker marktbasierter Modellen für Fangrechte oder zugunsten des Übergangs zu Aufwand in gemischten Fischereien und/oder einen radikalen Wechsel zu Zugang/Zuteilung auf Basis von Umwelt- oder Gleichheitskriterien (vor allem eine Reihe von Umwelt-NRO) zu überdenken. Das EP verlangt, die Notwendigkeit einer Änderung des Grundsatzes zu prüfen, besteht jedoch darauf, dass die Vorteile der RS für Küstengemeinden beibehalten werden sollten.

Breite Unterstützung findet die Idee, die Zuteilungsschlüssel zu revidieren und gemäß den aktuellen Gegebenheiten zu aktualisieren, insbesondere unter Berücksichtigung des jährlich wiederkehrenden Quotentauschs. Andere sprechen sich für eine Anpassung an die reale Fangkapazität aus.

Das System der Quotenübertragungen und des Quotentauschs wird weithin akzeptiert; manche empfehlen eine Weiterentwicklung der Quotenübertragungen (durch Industrietausch und Tauschmöglichkeiten mit Drittländern).

Eine überwiegende Mehrheit befürwortet die Fortsetzung der 12-Seemeilen-Regelung, und das EP verlangt, sie zu einer dauerhaften Regelung zu machen. Eine große Gruppe zieht in Betracht, sie mit dem Schutz der handwerklichen Flotten zu verbinden. Einige Beiträge befürworten eine Regelung mit beschränktem Zugang für Schiffe, die bestimmte Nachhaltigkeitsbedingungen erfüllen, oder mit beschränktem Zugang für spezifische Fischereien, oder die Integration von Fischereien mit Meeresschutzgebieten. Eine begrenzte Anzahl von Beiträgen schlägt vor, dass die von MS innerhalb der 12-Seemeilen-Zone vorgeschriebenen Regeln für alle in diesen Gewässern tätigen Schiffe gelten sollten. Hin und wieder wird dafür plädiert, zu territorialen Gewässern zurückzukehren oder die gegenseitigen Zugangsregelungen zwischen Mitgliedstaaten aufzuheben.

3.4. Handel und Märkte – vom Schiff zum Verbraucher

In der Regel wird die Gemeinsame Marktorganisation (GMO, Verordn. 104/2000) als einer der Grundpfeiler der GFP betrachtet. Der Schwerpunkt sollte auf dem Markt im Ganzen liegen, unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Aquakultur.

Beiträge der MS, des EP und der Industrie unterstreichen die Rolle der EO. Sie sollen verstärkt werden und sowohl in der Erzeugung als auch beim

Ressourcenmanagement, für bessere Marktplanung und angemessenere Reaktion auf den Markt, für Innovation und Angebotskonzentration mehr Verantwortung erhalten, wozu auch eine stärkere Rolle für (transnationale) branchenübergreifende Organisationen gehört. Eine Reihe von MS empfiehlt eine bessere Finanzierung für EO, um die erhöhte Verantwortung, aber auch die Marktplanung zu unterstützen.

Es herrscht breite Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit, Preis- und Interventionsmechanismen zu überarbeiten und zu vereinfachen. Die meisten Beiträge sind der Meinung, dass Rücknahmen (von Fisch im Rahmen der Interventionsmechanismen der GMO) abgeschafft, Übertragungsbeihilfen hingegen beibehalten werden sollten. Einige befürworten direkte Beihilfen für Erzeugungs- und Vermarktungsaktivitäten. Das System der Orientierungspreise wird von der Industrie geschätzt, sollte aber besser auf die (regionalen) Gegebenheiten abgestimmt werden, wobei Aquakultur ihr eigenes Preissystem benötigt.

Die meisten Beitragenden halten Etikettierung und Bescheinigung für viel versprechende Strategien, wobei ein Regulierungsrahmen für mehr Transparenz sorgen und das Vertrauen der Verbraucher stärken könnte. Unterstützung für Konsumförderung ist offensichtlich umstrittener.

Was die Handelspolitik anbelangt, bestehen vor allem Importeure und Verarbeiter auf liberalisierten Importen, um die Versorgung mit Rohstoffen zu gewährleisten. Mehrere MS wollen das Zollsystem beibehalten, während Einzelhändler und Importeure für mehr Zollaussetzungen eintreten. Das EP und viele andere Beitragende äußern sich zu nicht mit dem Zoll verbundenen Fragen und verlangen faire Wettbewerbsbedingungen sowohl für EU- als auch für importierte Produkte, unter anderem durch Schutz- und Antidumping-Maßnahmen und strenge Einfuhrkontrollen.

3.5. Einbindung der Gemeinsamen Fischereipolitik in die allgemeinere Meerespolitik

Die Integrierte Meerespolitik (IMP, KOM(2007)575) wird allgemein insofern für wichtig gehalten, als sie die GFP als festen Bestandteil umfassen sollte und ganzheitliche Konzepte benötigt werden. Die aktuelle Situation wird aufgrund der uneinheitlichen Politiken, die keine fairen Wettbewerbsbedingungen schaffen, weithin kritisiert. Das EP verlangt ausreichende Finanzmittel für die IMP.

Die verschiedenen Interessengruppen (insbesondere die Industrie) betrachten die Entwicklung der IMP als Möglichkeit, mehr Mitspracherecht bezüglich der Aktivitäten anderer Wirtschaftsteilnehmer oder mehr Einfluss auf politische Entscheidungen, die sich auf die Fischerei auswirken, zu erlangen. Auch andere Beitragende und Umwelt-NRO rechnen mit mehr Mitspracherecht bezüglich Entscheidungen über Fischereien. Breite Unterstützung findet die regionale Durchführung der IMP, auch durch die Fischereien auf der Ebene von Meeresbecken mit einem regionalen Forum, wo alle Aspekte besprochen werden. Die Ostseestrategie wurde als gutes Beispiel erwähnt.

Eine große Mehrheit befürwortet eine GFP im Einklang mit der MSRR und anderen Umweltvorschriften sowie auch den Ökosystem-Ansatz. Bei der Frage, wie die

Integration umgesetzt werden sollte, gehen die Meinungen auseinander. Die Industrie steht generell auf dem Standpunkt, dass Fischereiaktivitäten (historisch gerechtfertigt) als eine vorrangige Aktivität betrachtet werden sollten. Umwelt-NRO ziehen es vor, dass Fischereien in die Umweltstandards einbezogen werden.

In Bezug auf die Meeresraumordnung verlangt die Industrie vorrangigen Zugang, und sie möchte auch umfassender konsultiert werden, während viele MS und NRO der Meinung sind, dass die IMP weiterhin Mechanismen zur Konsultierung aller Sektoren anwenden sollte.

Die Industrie beteuert, dass sie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen kann und helfen kann sicherzustellen, dass Fischereien nicht die Widerstandsfähigkeit von Meeresökosystemen schwächen. Viele NRO halten einen reduzierten fischereilichen Druck, Meeresschutzgebiete und verringerten Kraftstoffverbrauch für die besten Hilfsmittel, um die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems gegenüber dem Klimawandel zu stärken. MS erwähnen den Bedarf an mehr Forschung über den Klimawandel und die Anwendung des Ökosystem-Ansatzes.

Folgenbewertung und ein besseres Wissen um die Funktionsweise des Ökosystems werden allgemein für wichtig gehalten. Die Industrie betont, sie wisse sehr viel über die Meeresumwelt und könne daher in diesem Bereich sehr nützlich sein (z. B. Erkennung anfälliger Gebiete).

3.6. Die Wissensgrundlage für die Politik

Man ist sich darüber einig, dass die GFP auf den besten verfügbaren wissenschaftlichen Kenntnissen beruhen muss. Einige (vor allem Umwelt-NRO und Einzelhändler) verlangen, dass wissenschaftliche Ratschläge immer befolgt werden sollten. Das EP betont, dass mangelndes Wissen der Verabschiedung von Vorsorgemaßnahmen nicht im Weg stehen sollte.

Die meisten Beitragenden legen Wert auf inklusive und partizipatorische Ansätze zu Forschung und wissenschaftlichen Ratschlägen, unter Mitwirkung von und guter Kommunikation mit Wissenschaftlern aller Interessengruppen (manche halten es lediglich für notwendig, die Industrie einzuschalten). Viele fordern multidisziplinäre Forschung und Beratung in einem Ökosystem-Kontext, eingebunden in die MSRR. Manche Beiträge erwähnen die Notwendigkeit, den wissenschaftlichen Beratungsprozess auf einen regionalen Managementrahmen abzustimmen.

Die meisten Beiträge, quer durch alle Gruppen, sind besorgt über die Verfügbarkeit und Qualität von Daten (z. B. soziale und wirtschaftliche Daten, Daten über Rückwürfe usw.). Verschiedenen Gruppen zufolge hängt der Mangel an Daten oder Wissen mit zu restriktiven Vorschriften (der Fangsektor), mit der Durchführung eines Ökosystem-Ansatzes (einige MS, das EP, NRO) oder mit dem Verbrauchervertrauen (Händler und Einzelhändler) zusammen.

Spezifische Empfehlungen betreffen mehr Investitionen in Forschung, Datenerhebung und Beratung, wobei einige Beiträge (EP und einige MS) für eine bessere Nutzung der Informationstechnologie und automatische Registrierung eintreten. Manche meinen, die Fischer sollten Anreize erhalten, gute Daten bereit zu

stellen. Einige Beiträge empfehlen eine neue EU-Struktur (z. B. Agentur, Wissenscluster), um Unabhängigkeit, Transparenz und eine bessere Koordinierung und Nutzung der Ressourcen zu gewährleisten.

3.7. Strukturpolitik und Unterstützung aus öffentlichen Mitteln

Viele Beiträge weisen auf die Notwendigkeit hin, die öffentliche Finanzierung für den Fischereisektor fortzusetzen. Das EP verlangt mehr Finanzmittel für die Fischereipolitik. Eine Gruppe von MS ist dafür, dass die Modalitäten geändert werden. Ein paar MS und die meisten NRO möchten, dass Beihilfen abgeschafft oder stufenweise eingestellt werden. Diese hielten unrentable Strukturen am Leben und bewirkten, dass die Industrie von öffentlicher Unterstützung abhängig bleibt.

Man ist sich darüber einig, dass jede künftige Unterstützung den Übergang im Rahmen des Reformprozesses begleiten und die Anpassung der Industrie erleichtern sollte, um eine langfristige wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit zu erreichen oder um die Folgen wichtiger politischer Entwicklungen abzuschwächen (z. B. Übergang zu MSY, das EP empfiehlt finanzielle Entschädigung für von Mehrjahresplänen betroffenen Fischern). EU-Unterstützung sollte klarer definiert und ausgerichtet werden. Sie sollte sich auf Forschung und Innovation fokussieren, den Meeresschutz verbessern und Fischerorganisationen und lokale Entwicklung unterstützen (Achse 4, nachhaltige Entwicklung der Fischwirtschaftsgebiete). Erheblichen Zuspruch (seitens einiger MS und der Industrie) findet die Einrichtung eines Mechanismus zur Unterstützung der Industrie in Krisen oder Notfällen, der aber nie den langfristigen Zielen zuwiderlaufen sollte. Auch die Aquakultur wird häufig als potenzieller Begünstigter öffentlicher Förderung genannt.

Die Umstrukturierung der Flotten wird allgemein als eine der größten Herausforderungen betrachtet. Es gibt die Tendenz, die Stilllegung von Schiffen beizubehalten, aber mit einer strikteren Anwendung, manchen zufolge durch einmalige Verschrottungsmaßnahmen. Andere hingegen sind der Meinung, Marktansätze wie ITR sollten breitere Anwendung finden. Öffentliche Mittel zur Modernisierung der Flotte (Selektivität, innovative Technologien und Ähnliches) werden von vielen Beitragenden befürwortet, und eine begrenzte Anzahl macht sich für öffentliche Unterstützung zur Erneuerung der Flotten stark (einschließlich EP und einige MS). Manche Regionen und Interessengruppen unterstreichen die soziale Dimension der Umstrukturierung. Allerdings wird die vorübergehende Einstellung nicht ausdrücklich unterstützt, wenn ein anderes Instrument (z. B. ein Notfallmechanismus) verfügbar ist.

Die Idee, die EU-Finanzierung enger mit der Erreichung von GFP-Zielen zu verknüpfen, findet breite Unterstützung. Manche (darunter einige Industrieorganisationen) vertreten die Meinung, dass die Einhaltung von Vorschriften/Zielen Einfluss auf die Bereitstellung von Finanzmitteln haben sollte. Ein stärker sektorbezogener, nicht auf Konvergenzkriterien beruhender Ansatz wird entschieden befürwortet, aber eine Gruppe von MS und das EP sind dagegen. Eine begrenzte Anzahl von Beiträgen tritt dafür ein, nationale Unterstützung (einschließlich Steuerbefreiung und staatliche Beihilfesysteme, wie etwa *De-minimis-Beihilfen*) stufenweise einzustellen. Eine überwiegende Mehrheit sowohl bei der Industrie als auch bei den MS ist der Auffassung, dass gemeinsame Dienste (wie

Kontrolle und Datenerhebung) im Rahmen der künftigen EU-Förderung finanziert werden sollten.

3.8. Die externe Dimension

Die meisten Beiträge bekräftigen die Wichtigkeit der externen Dimension und betonen, dass die GFP-Ziele intern und extern in gleicher Weise gelten sollten, um die politische Kohärenz zu gewährleisten. Das EP und einige andere betrachten die Verteidigung von Gemeinschaftsinteressen als ein Leitziel. Eine überwiegende Mehrheit der Interessengruppen stimmt der Notwendigkeit einer stärkeren Mitwirkung der EU in Regionalen Fischereiorganisationen (RFO) zu, die in der internationalen fischereipolitischen Entscheidungsfindung eine sehr wichtige Rolle spielen. Diese Mitwirkung sollte auch bessere wissenschaftliche Information und Beratung, eine umfassendere Einbeziehung aller Interessengruppen und transparentere Beschlussfassungsprozesse beinhalten. Die Mehrheit der Interessengruppen tritt für eine Fortsetzung der Politik des freien Zugangs zu internationalen Gewässern im Rahmen von RFO ein. Einige jedoch sind der Meinung, dass sich Begünstigte (Industrie oder Länder) an den Kosten für Management, Forschung und Überwachung beteiligen oder für das Recht, auf Hoher See zu fischen, bezahlen sollten, und das EP beharrt darauf, dass Fangrechte nur dort gewährt werden sollten, wo es einen Überschuss an Fisch gibt.

Die meisten Beiträge legen den Schwerpunkt auf Partnerschaftliche Fischereiabkommen (PFA). Die Mehrheit der Interessengruppen aus der Industrie tritt dafür ein, die aktuelle PFA-Struktur beizubehalten, um Rechtsschutz und verantwortliche Fischerei aufrechtzuerhalten und eine Plattform für Rechtstreue, Transparenz und Förderung von Drittländern verfügbar zu machen. Zwei MS ziehen es vor, PFA auf einer regionalen Basis zu stärken: Dies erhöhe die Effektivität von Forschung, Kontrolle und Überwachung und der regionalen Zusammenarbeit im Allgemeinen. Mehrere Interessengruppen, vor allem NRO, schlagen vor, PFA durch einen fischereipolitischen Entscheidungsfindungsrahmen oder Abkommen über nachhaltige Beschaffung zu ersetzen.

Viele halten es für wichtig, die Grundsätze der GFP und die Arbeit an PFA stärker auf andere Politiken abzustimmen, um Kohärenz und Synergien mit Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA), Handelsabkommen, Entwicklungshilfe und Unterstützung der lokalen Entwicklung zu gewährleisten. Joint Ventures sieht die Industrie als Träger für Investitionen in Drittländern. Gewerkschaften und einige Umwelt-NRO treten für die Achtung lokaler Gemeinschaften und die Rechte lokaler Arbeitnehmer ein. Manche Interessengruppen unterstreichen auch die Wichtigkeit der nördlichen Abkommen.

Zahlreiche Interessengruppen aus der Industrie ziehen es vor, die gegenwärtige Form der Finanzierung der PFA beizubehalten, während eine ebenfalls beachtliche Zahl erklärt, PFA sollten privat oder im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft finanziert werden. NRO bestehen darauf, dass die Industrie für den Zugang zu Gewässern von Drittländern zahlen und im Übrigen die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien nachweisen sollte.

Einige NRO befürworten EU-Investitionen in Wissenstransfer und Entwicklungsförderung, nicht aber die Übertragung von Fangkapazitäten. Aquakultur im Rahmen von PFA wird von einigen Interessengruppen unterstützt, von vielen NRO hingegen abgelehnt.

3.9. Aquakultur

Aquakultur wird allgemein als wichtig betrachtet, und es wurde die Forderung erhoben, das Finanzierungsinstrument zur Unterstützung ihrer Entwicklung beizubehalten und die Bedürfnisse der Aquakultur in die Überprüfung der Marktpolitik einzubeziehen. Die meisten Beiträge verweisen auf ihre sozioökonomische Bedeutung, die Marktdimension, die Verbindung mit dem Fischfang, die Probleme im Zusammenhang mit importierten Erzeugnissen und den Zugang zu Meeresraum. Einige Interessengruppen aus der Industrie betonen, dass Aquakultur den MS überlassen und aus der GFP ausgenommen werden sollte. Einige MS unterstützen diese Idee, aber sie befürworten finanzielle Unterstützung seitens der EU.

Manche MS und NRO unterstreichen, dass ökologische Nachhaltigkeit und Entwicklung im Rahmen des Ökosystem-Ansatzes notwendig ist, damit Aquakultur als alternative Nahrungsmittelquelle dienen kann. Andere MS betrachten Aquakultur als grundlegenden und strategischen Pfeiler der GFP und befürworten eine kohärente Ausweitung der EU-Politik. Während einige NRO nachhaltige Aquakultur unterstützen, äußern die meisten der Umwelt-NRO sowie Verbrauchervertreter Besorgnis über negative Auswirkungen von Aquakulturmethode auf die Umwelt.

Das EP, einige MS und andere betrachten Aquakultur als festen Bestandteil der GFP; eine Reihe von Umwelt-NRO halten die Einbeziehung der Aquakultur in die GFP in erster Linie für einen Weg, eine ökologisch nachhaltige (und sozial verantwortliche) Fischerzeugung zu fördern. Sie und einige Tierschutzvereinigungen sehen die Einbeziehung der Aquakultur in die GFP als Mittel, Umweltauswirkungen zu verringern (z. B. durch die Begrenzung der Verwendung fleischfressender Fischarten, Beschränkung von Futterquellen usw.). Allerdings vertritt eine andere bedeutende Gruppe von Umwelt-NRO die Meinung, dass Aquakultur kein fester Bestandteil der revidierten GFP sein sollte, sondern dass dieser Sektor im Rahmen eines getrennten europäischen Instruments oder von den MS selbst verwaltet werden sollte.

4. WEITERE ANGESPROCHENE THEMEN

Eine Reihe von Beiträgen, insbesondere vom EP, verlangt Aufmerksamkeit für die *soziale Dimension*, einschließlich Attraktivität des Berufs, Anerkennung der Rolle von Frauen und gefährdeter Gruppen im Fischereisektor. Auch wenn erkannt wird, dass nur wenig Handlungsspielraum besteht, wird beispielsweise Folgendes gefordert: Unterstützung des sozialen Dialogs, Schulung und gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Aufmerksamkeit für die Arbeitsbedingungen und die Sicherheit an Bord, die Gehälter der Besatzung. Die konkreten Vorschläge betreffen unter anderem Mechanismen zum Schutz der Beschäftigung und die Entwicklung einer langfristigen Strategie.

Behörden, welche die *Regionen in äußerster Randlage* (RÄR) vertreten, wie auch das EP unterstreichen die Wichtigkeit von Fischereien, weisen aber auch auf die spezifischen Probleme hin, die spezifische Lösungen erfordern (einschließlich getrenntes Flottenmanagement). In einigen Beiträgen wird ein regionaler Ansatz empfohlen, andere betonen die Probleme mit der Abgrenzung des Zugangs zu den Gewässern rund um die RÄR. Ein Beitragender empfiehlt eine spezifische Folgenbewertung der politischen Maßnahmen für die RÄR.

Die *Sportfischerei* möchte als vollwertige Interessengruppe in der GFP betrachtet werden, da von erheblichem Wert für nachhaltige Wirtschaft und Arbeitsplatzschaffung. Andere sind der Meinung, dass Sportfischerei und ihre Auswirkungen auf die Bestände im Kontext der GFP berücksichtigt werden müssen, mit Datenerhebung und gegebenenfalls mit spezifischen technischen Maßnahmen.

Schließlich weist das EP auf die Bedeutung von *Häfen* für die Fischerei hin.

5. BÜRGERBEITRÄGE

Auch wenn einige individuelle Beiträge sehr ausführlich sind und praktisch alle Themen der GFP ansprechen, gehen die meisten nur oberflächlich auf die Fragen ein. Viele Bürger wünschen eine Beendigung der Überfischung (manche empfehlen ein Moratorium), die Abschaffung von Beihilfen und ein Verbot destruktiver Fanggeräte. In zahlreichen Beiträgen wird ein Rückwurfverbot befürwortet, und einige verlangen die strikte Befolgung wissenschaftlicher Ratschläge bei der Festlegung von TAC. Andere halten es für notwendig, die Flotten zu reduzieren, mehr Kontrolle auszuüben, die Riffs zu retten und für das Überleben der handwerklichen Fischereien zu sorgen. Am anderen Ende des Spektrums verlangen einige wenige Beiträge die Abschaffung der GFP, die Rückkehr zu 200-Meilen-Zonen unter MS-Kompetenz und/oder die Renationalisierung der Fischereipolitik. Zwei Arten von Massen-E-Mails sind eingegangen: eine begrenzte Anzahl, die sich für dauerhafte Meeresreservate von bis zu 40 % der Gemeinschaftsgewässer einsetzt und außerdem verlangt, destruktive Schleppnetzfisherei zu verbieten und Rückwürfe und Beifang abzuschaffen. Eine zweite Massen-E-Mail betont, dass zu viele Fischer zu viel Fisch fangen, und empfiehlt die folgenden politischen Maßnahmen: Flottenreduzierung um mindestens 50 %, Beachtung wissenschaftlicher Ratschläge, Bildung eines Netzwerks von Meeresschutzgebieten, Verbot destruktiver Fangmethoden, Verbot von Rückwürfen und Verpflichtung zu umfassenden Produkt- und Erzeugungsinformationen für den Verbraucher. Schließlich ist noch ein Beitrag hervorzuheben, sowohl aufgrund seiner Präsentation (ein Comic-Strip) als auch der Art und Weise, wie er das Thema angeht (der Titel sagt schon alles: „*Contribution tendre, naïve et insolente à la Poétique Commune de la Pêche*“ – „Zärtlicher, naiver und frecher Beitrag zur Gemeinschaftlichen Fischereipoetik“).

6. DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Dieses Arbeitsdokument der Dienststellen der Kommission wird auf der Website der EK veröffentlicht und dem Rat der Fischereiminister am 19. - 20. April 2010 als Grundlage für einen Meinungsaustausch präsentiert werden. Im Laufe des Jahres 2010 werden die politischen Optionen für die Folgenbewertung, die die

Reformvorschläge begleitet wird, von der EK entwickelt und ausgearbeitet. Für dieses Stadium ist eine intensive Konsultation sowohl der Interessengruppen als auch der Mitgliedstaaten vorgesehen; anschließend sollten die Reformvorschläge formuliert werden. Die Verabschiedung der Reformvorschläge durch das Kollegium der Kommissionsmitglieder dürfte Anfang 2011 erfolgen.

Anhang 1 Liste der eingegangenen Beiträge 12. Januar 2010

Bürger

114 individuelle Beiträge + 1329 mit identischem Text

Verwaltungen der Mitgliedstaaten/Parlamente/Regierungsbehörden

- Deutscher Bundestag
- Fiskeriverket (SE)
- Miljö- och jordbruksutskottets utlåtande (SE)
- Regeringskansliet (SE)
- SRU - German Advisory Council on the Environment (DE)
- Bundesrat (DE)
- Wirtschaftsrat der CDU(DE)
- UK House of Lords
- UK Joint Nature Conservation Committee
- UK English Heritage
- UK Government
- George MP - UK
- Finnish Ministry for Agriculture and Forestry
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (DE)
- Bundesamt für Naturschutz (DE)
- Comhairle nan Eilean Siar (IE)
- Folketingets Udvalg for Fødevarer, Landbrug og Fiskeri (DK)
- Ministry of Food, Agriculture and Fisheries (DK)
- Marine Environment Unit – Federal Public Service Health, Food Chain Safety and Environment (BE)
- Rząd Rzeczypospolitej Polskiej (PL)
- Ministerio de Medio Ambiente, Medio Rural y Marino – Secretaría General del Mar (ES)
- Assembleia da República – Comissão de Agricultura, Desenvolvimento Rural e Pescas (PT)
- Abteilung Fischerei des Landwirtschaftsministeriums der Republik Lettland
- Vlaamse Overheid (BE)
- Ministry of Agriculture, Nature and Food Quality (NL)
- République française
- Ministry of Agriculture, Forestry and Food (SI)
- Estland

Regionen und lokale Regierungen

- Scottish Government
- Xunta de Galicia
- Junta de Andalucía
- Kent & Essex Sea Fisheries Committee
- Eastern Sea Fisheries Joint Committee
- South Wales Sea Fisheries Committee
- Région Bretagne
- DE - Aktivregion Ostseeküste e.V.
- Poitou-Charentes, Pays de la Loire, Brittany and Lower-Normandy
- Gobierno de Canarias
- Generalitat de Catalunya
- East of England
- IE - South West Regional Authority
- SE - Fiskekommunerna
- CONFERENCE DES REGIONS PERIPHERIQUES MARITIMES D'EUROPE – CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE
- Västra Götalandsregionen
- Conseil général Morbihan
- Unioncamere Calabria
- COSLA - Convention of Scottish Local Authorities
- Scottish Government
- Comhairle nan Eilean Siar
- Conseil général Finistère
- Région Réunion
- Région Haute Normandie
- Camara Municipal de Sesimbra
- Highland Council
- Gobierno Vasco
- Southern Sea Fisheries District
- Northumberland Sea Fisheries Committee
- UK - Environment Agency
- Seafish
- Aberdeen Council North East Scotland Fisheries Development Partnership
- Cornwall Sea Fisheries District
- Association of Sea Fisheries Committees England
- Département de l'Hérault
- Régions Ultrapériphériques
- Região Autónoma dos Açores
- Welsh Assembly Government
- Région Guadeloupe

Andere Einrichtungen

- Ausschuss der Regionen
- Europäisches Parlament (noch nicht empfangen, aber in Vorbereitung)
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (noch nicht empfangen, aber in Vorbereitung)
- UNEP/CMS/ASCOBANS
- HELCOM
- MEP for Munster
- Fianna Fail MEPs
- Bowles MEP
- D. Dodds MEP

Beratungsorgane

- **BAFA** (Beratender Ausschuss für Fischerei und Aquakultur)
- **RAC der baltischen Staaten**
- **NSRAC** (Regionalbeirat Nordsee)
- **PelRAC** (Regionalbeirat pelagische Arten)
- **NWWRAC** (Regionalbeirat nordwestliche Gewässer)
- **SWWRAC** (Regionalbeirat südwestliche Gewässer)
- **Nordsee-RAC** (Regionalbeirat Nordsee)
- **LDRAC** (Regionalbeirat Langstreckenfangflotte)

Interessengruppen – Industrie, Fischer, Tourismus usw.

- Grupo Regal
- Sea Fishery Advisory Group of the Irish Seal Sanctuary
- Pedro Fernández
- Vianapesca
- CPMR North Sea Commission
- ACOPE
- ARVI
- L'Encre de Mer
- OPP48
- Peterhead Port Authority
- AETINAPE
- Promovis Nieuwpoort
- Confederación Española de Pesca Marítima de Recreo Responsable
- UNACOMAR
- Cap l'Orient Agglomération
- Europêche/Cogeca
- OPAGAC
- Associação de Armadores Pesca Artesanal Barlavento Algarvio
- Dutch Fish Product Board
- Mission de la Mer France
- Cornish Fed. Sea Anglers
- AIPCE-CEP
- Visveiling (Marcel Madou)
- Syndicat national des Chefs d'Entreprise à la Pêche maritime
- Danske Havne
- Landesfischereiverband Weser-Ems
- FR - Comité national des Pêches - CNPMM
- Cornish Fish Producers Organisation
- Scottish Pelagic Fishermen's Association
- Ilhas em Rede
- ANACEP & ANEPAT
- Greenore Cooley Fisherman's Association
- EAFPA
- Griechischer Fischerbund
- DE - Landesvereinigung für Nordseekrabben und Küstenfischer
- Puerto Celeiro
- Fischereischutzverband Schleswig-Holstein
- ACV Transcom Visserij
- AKTEA
- Fédération des Femmes du Milieu Maritime
- Federación Gallega de Cofradías de Pescadores
- The Fishermen's Association Limited
- National Federation Fishermen's Organisations
- Shetland Oceans Alliance
- Shellfish Association of Great Britain
- EuroCommerce

- Eurothon
- Edeka Zentrale
- IHK Nord
- DK-LAG Development North West Sealand
- Finnische nicht-staatliche Entwicklungsorganisation
- Scottish Fishermen's Federation
- Unioncamere Calabria
- BG - Civil Association "Regional Future"
- Rederscentrale
- Unione Italiana Lavoratori Pesca e Acquacoltura
- Fishmongers Company
- ETF
- CDSS
- Scottish Salmon Producers' Organisation
- Handelsverband Deutschland
- National Association of the Fish Farmers
- Federación Territorial de Cofradías de Pescadores de Barcelona
- Árainn Mhór Island Fishing Committee
- Federation of Irish Fishermen
- PTEPA
- UK - Food and Drink Federation
- CEPPT
- Coastlsig - LGA
- EPF - Entrepreneurs et Pêcheurs de France
- EAPO
- Federación Nacional de Cofradías de Pescadores
- Collectif Pêche et Développement et Encre de Mer
- Cepesca
- Dänische Organisationen des Fischereisektors
- Dutch Anglers Organisation - Sportvisserij
- Angling Trust
- Irish Fishermen's Organisation
- APC - Advance Planning-Consulting
- ASOAR-ARMEGA
- SESIBAL
- ANFACO-CECOPECA
- CONXEMAR
- Swedish Fishermen Federation
- EPF- ORTHONGEL
- ADAPI
- SWFPA
- MARGov
- Centrale Economic Council & Consultative Commission for Fisheries
- SWFPO

- South West Handline Fishermen Association
- Fédération française d'Aquaculture
- SeFF Fiskeriturism
- EAA EFTTA FIPS
- HU - Hartobagy
- WOFFMG
- Finnischer Verband für Sportfischerei
- Estländische Fischereiorganisationen
- "WFFA
- NUTFA"
- EE - Maritime Cultural Society of Saaremaa
- EE - Saarte Kalandus
- Griechische Union der Trawler-Besitzer
- Mexillón de Galicia
- ArtesanalPesca
- Angling-school

NRO

- Nederlandse Vegetariërs Bond
- Baltic Sea 2020
- Fishcount.org.uk
- CFFA - CAPE
- 7 französische NRO
- ClientEarth-MCS
- Western Sahara Resource Watch
- Green Budget Germany
- WWF European Policy Office
- Irish Wildlife Trust
- Ocean Sentry
- EUCC Marine Team
- Marine Conservation Society
- ProWildlife
- Legambiente
- Seas at Risk
- Food and Water Europe
- COAST - UWE - Hebridean - SSACN - FIMETI
- PEW
- Ocean2012
- Eurogroup for Animals
- CFFA
- Environmental Pillar of Social Partnership
- Compassion in World Farming
- German Church Development Service
- Finnish Association for Nature Conservation
- Seas at Risk position
- Royal Society of Edinburgh
- Birdlife
- Ecologistas en Acción
- Greenpeace
- ClientEarth
- Dutch society for the Protection of Animals
- Oceana
- ICSF
- National Heart Forum
- DE - Society for the Dolphin Conservation
- Kenna Eco Diving
- Pro-Sea Foundation
- Project Blue Sea
- Swedish Society for Nature Conservation
- Coalition Clean Baltic
- Deepwave
- New Economics Foundation
- Saharawi NGOs
- PONG Pesca
- EKO-UNIA
- PUGAD
- Fisheries Secretariat

- WWF Mediterranean
- Humane Society International
- DE - IBG (J. Gessner)
- EuroCoop
- IFAW
- Fair-fish

Forschungsorganisationen und -institute

- IIEA - Institute of International and European Affairs
- Instituto Español de Oceanografía
- FI - Fisheries and Environmental Management Group
- EFARO
- University of York
- Università di Bologna
- APECE
- Marine Laboratories of the Natural Environment Research Council
- Instituto Español de Oceanografía - Canarias
- Proyecto PRESPO
- German Elasmobranch Society
- Presentation Justice Network, Ireland
- Centro de Biodiversidad y Gestión ambiental
- JRC Ispra
- MARINET

Beiträge von Drittländern

- Norwegische Regierung
- Nordischer Ministerrat
- Nordischer Rat
- Region Nordnorwegen
- Region Westnorwegen
- AKP-Gruppe
- Neuseeländische Regierung
- Norwegischer Fischverband
- Norwegisches FuE-Projekt
- S. Gudmundsson

Anhang 2. Konsultationstreffen zur Reform der GFP

	When?	Where?
	(all dates in 2009)	
MS Fisheries Administrations		
DK - All-purpose meeting	11 May	Copenhagen
ES -Specific mission	26 May	Madrid
DK - EFF Monitoring Committee	28 May	
IE - EFF Monitoring Committee	28 May	
DK - Annual Fisheries Policy Meeting	4 June	Kolding, Denmark
SK - EFF Monitoring Committee	12 June	
ES - Multi-purpose meeting	18-19 June	
CZ - EFF Monitoring Committee	19 June	
NL - EFF Monitoring Committee	19 June	Netherlands
ES - EFF Monitoring Committee	23-24 June	
PT - EFF Monitoring Committee	26 June	
FR - Multi-purpose meeting	29-30 June	
All Members States (DGs)	2-3 July	Ronneby
BE - Specific meeting	6 July	Ostende
PT - Ad-hoc meeting	7 July	Lisbon
BE - EFF Monitoring Committee	8 July	
FR - Specific mission	8 July	Paris
UK - Multi-purpose meeting	13-14 July	
GR - Conference on the Green Paper	30 Aug-1 Sept.	Thessalonique
AT - EFF Monitoring Committee	17-18 September	Illmitz
PL - Multi-purpose meeting	22-23 September	Warsaw, Gdynia
RO - Conference on the CFP Reform	3 October	Bucharest
IE - Ad-hoc meeting + The Marine Institute	7-8 October	Dublin
DK - Danfish Conference " A new Fisheries Policy for fishers"	8 October	Ålborg, Denmark
IT - Ad-hoc meeting (Adm. + Stakeholders)	12 October	Sardegna

SV - EFF Monitoring Committee	15 October	Gothenburg	
EE - EFF OP Annual Examination	18 November	Brussels	
SV - EFF OP Annual Examination	24 November	Brussels	
DE - EFF OP Annual Examination	25 November	Brussels	
DK - EFF OP Annual Examination	26 November	Brussels	
PL - EFF OP Annual Examination	1 December	Brussels	
NL - EFF OP Annual Examination	3 December	Brussels	
GR - Conference on the Green Paper	4 December	Kamena Greece	Vourla,
BG - Multi-purpose meeting	7-8 December	Sofia	
IT - Special event	10 December	Italien	

MS Administrations other than fisheries, regions and other events

Chambre de Commerce de Granville, Basse Normandie	14 May	Brussels	
AG Commission Arc Atlantique	15 May	Santander	
Devon Maritime Forum	20 May	Brixham	
EFARO Annual directors meeting	26 May	Göteborg	
Fundación Galicia Europa - Presentation to all ES regions	3 June	Brussels	
EFF Axis 4 seminar with Baltic MS	4-5 June	Parnü - Estonia	
Lower Normandy	4 June	Caen	
CRPM - Adonis A4719	9 June	Brussels	
"Inquiry into Future Fisheries Management" - Scottish Government	15/16 June	Edimburg Videoconference	
CPMR Working Group "Aquamarina"	18 June	Brussels	
5th meeting with MS experts on Maritime Policy	23 June	Brussels	
Biolfish	25 June	Monopoli	
Coastal Management for Sustainability	30 June	London	
ES - Specific mission	9-10 July	Granada	
EU Fisheries Advisor meeting	17-18 September	Göteborg	
Five French major maritime regions	29 September	Brussels	
CPMR - General Assembly	30 Sept. 1-2 Oct.	Göteborg	

Assises de la pêche - ouverture	5 October	Paris
The East of England Regional Assembly's (EERA)	5 October	Brussels
DE - Presentation at the EU representation	7 October	Berlin
Bretagne - Journée d'échange sur la réforme de la PCP	20 October	La Forêt Fouesnant
Environment Policy Review Group	26 October	Brussels
Assises de la pêche - PACA	3 November	Frankreich
Galicia - Meeting between Galician Minister for Fisheries and Commissioner Borg	5 November	Brussels
Scotland	4-5 November	Scotland
EFARO workshop on CFP Reform	24 November	Ostende
DE - COM representation with Land Schleswig-Holstein	26 November	Buesum
ES - Specific mission	26-27 November	Canary Islands
ES - Specific mission	27 November	Bilbao
Assises de l'économie de la mer	1 December	Brest
PT - Meeting with Azores Government	4 December	Ponta Delgada
ES - Specific mission	18 December	Santiago

European Institutions

Committee of the Regions	30 June	Brussels
European Economic and Social Committee	15 July	Brussels
European Parliament - Fisheries Committee	1 September	Brussels
European Parliament - Fisheries Committee	30 Sept/1 Oct	Brussels
European Economic and Social Committee - Specialised section	8 October	Brussels
European Parliament - Working lunch with the Rapporteur	15 October	Brussels
European Parliament - Workshop "Reforma da Política Comum de Pesca: O Futuro da Pesca em Portugal"	21 November	Porto
European Parliament - Fisheries Committee	1 December	Brussels
Committee of the Regions	4 December	Brussels
European Economic and Social Committee	10 December	Brussels
European Economic and Social Committee	8 February	Brussels
European Parliament - Study visit by national parliaments' officials to PECH	25 February	Brussels

Stakeholders, including NGOs

BSRAC - General Assembly	8 May	Gdynia, Poland
PeIRAC working groups	14-15 May	Leiden
MedRAC	3-4 June	Marseille
BSRAC Demersal & Pelagic WK	9 June	Dänemark
IEEP	8 June	Brussels
WWFEPO	10 June	Brussels
Green Party	15 June	Berlin
ACFA - Plenary Session	17 June	Brussels
BSRAC ExCom	22-23 June	Finnland
PeIRAC working group I on reform	23 June	Schiphol
EAPO Seminar on the Green Paper	26 June	Bénodet - France
NSRAC ExCom	29-30 June	Netherlands
SWWRAC - General Assembly	6-7 July	Paris
NWWRAC	10 July	Paris
ACFA - Ad-hoc Group on the Reform + Danish Administration	8 September	Copenhagen
NWWRAC ExCom	8 September	Madrid
Natural England	11 September	Brussels
PeIRAC GA and ExCom	16-17 September	Amsterdam
ICSF - Small-scale fisheries, coastal communities and CFP Reform	28 September	Brussels
PEW - WWF - Fisheries Secretariat - Ocean2012 - Dinner on US regional fisheries management	28 September	Brussels
PEW - WWF - Fisheries Secretariat - Ocean2012 - Regional Fisheries Management Conference	29 September	Brussels
AGLIA - La pêche et les institutions européennes	29 September	Brussels
ClientEarth and Marine Conservation Society	30 September	Brussels
BSRAC Conference on best practices	1 October	Schweden
Federation of Irish Fishermen	9 October	Dublin
ACFA - Groups 2 & 3 (Aquaculture & Markets)	13 October	Brussels
PELRAC WGs	14 October	Leiden,

		Netherlands
Eurocommerce	21 October	Brussels
Seas at Risk	21 October	Brussels
NWWRAC - AG	28 October	Dublin
Inter-RACs Seminar	3-4 November	Edimburg
Social Dialogue + Harvesting sector	5-6 November	Split
Federación Nacional de Cofradías de Pescadores	7 November	Madrid
ACFA - Ad-hoc Group	10 November	Brussels
Trade Unions	12-13 November	Málaga
Oceans Symposium	13 November	Oxford
LPN (= ONG)	16 November	Lisbon
XIV Jornadas de Pesca Celeiro	21 November	Celeiro, Spain
WWFEPO	24 November	Brussels
ADAPI	3 December	Lisbon
Natural England	8-9 December	London
ACFA Plenary Session	9 December	Brussels
Conférence Coopération regionale de l'océan Indien	10 December	St Denis, Réunion

External events

Nordic Council of Ministers	1-3 July	Isafjorden - Iceland
XIXth meeting of the European Association of Fisheries Economists (EAFE)	6-8 July	Malta
Conference "Efficient Fisheries Management - Fishing rights and flexibility"	27/28 August	Reykjavik
ESIN - General Assembly	9 September	Elba, Italy
World Fishing Exhibition	16-19 September	Vigo
Nordic Council of Ministers	13 October	Copenhagen
Northern Norway	10 December	Brussels

Annex 3. Kurzbezeichnungen

BAFA	Beratender Ausschuss für Fischerei und Aquakultur
GFP	Gemeinsame Fischereipolitik
GMO	Gemeinsame Marktorganisation
EK	Europäische Kommission
CSWD	Arbeitsdokument der Dienststellen der Kommission
EP	Europäisches Parlament
EPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
EU	Europäische Union
FMEY	Fischereiliche Sterblichkeit, die langfristig zum höchstmöglichen Wirtschaftsertrag eines Bestands führen wird
FMSY	Fischereiliche Sterblichkeit, die langfristig zum höchstmöglichen Dauerertrag eines Bestands führen wird
PFA	Partnerschaftliches Fischereiabkommen
IMP	Integrierte Meerespolitik
ITR	Individuell übertragbare Quoten
MPA	Meeresschutzgebiet
MS	Mitgliedstaat
MSRR	Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie
MSY	Höchstmöglicher Dauerertrag
NRO	Nichtregierungsorganisation
RäR	Regionen in äußerster Randlage
EO	Erzeugerorganisation
RAC	Regionaler Beirat
RFO	Regionale Fischereiorganisation
RS	Relative Stabilität
TAC	Zulässige Gesamtfangmenge